



Herr/Frau
Präsident/in des Bundesrates

Zur Zahl 3245/J-BR/2017

Der Bundesrat Arnd Meißl und weitere Bundesräte haben an mich eine schriftliche Anfrage betreffend „Strafvollzug in der Steiermark“ gerichtet.

Ich beantworte diese Anfrage wie folgt:

Die Anfrage bezieht sich auf einen sehr langen Zeitraum von 3 1/2 Jahren. Dies ist bei jeder Antwort zu berücksichtigen.

Zu 1 und 2:

In zwei Fällen wurden von Strafgefangenen, die sich gemäß § 126 Abs. 2 Z 4 StVG außerhalb der Justizanstalt aufhielten, nachstehende Straftaten begangen.

Staatsbürgerschaft	Delikt
Österreich	§§ 127, 129 Z 1 StGB
Bosnien-Herzegowina	§§ 229 Abs. 1, 241e Abs. 3, § 12 3. Fall StGB; §§ 142, 143 StGB

Zu 3:

Diese waren in der Justizanstalt Graz-Karlau inhaftiert.

Zu 4:

In den Jahren 2014, 2015, 2016 und 2017 haben sich (bis zum Einlangen dieser Anfrage) in 34 Fällen Strafgefangene im Rahmen des Strafvollzugs in gelockerter Form gemäß § 126 StVG dem weiteren Strafvollzug entzogen.

Zu 5:

Staatsangehörigkeit	Flucht aus JA	Tag
ÖSTERREICH	Graz-Jakomini	19.04.2014
ÖSTERREICH	Graz-Karlau	28.04.2014
ÖSTERREICH	Graz-Karlau	14.05.2014

ÖSTERREICH	Leoben	25.05.2014
ÖSTERREICH	Graz-Karlau	15.06.2014
ÖSTERREICH	Graz-Jakomini	26.06.2014
ÖSTERREICH	Graz-Jakomini	14.10.2014
ÖSTERREICH	Graz-Jakomini	08.11.2014
BOSNIEN-HERZEGOWINA	Graz-Karlau	02.12.2014
ÖSTERREICH	Graz-Jakomini	06.03.2015
ÖSTERREICH	Graz-Jakomini	22.04.2015
NIGERIA	Graz-Jakomini	31.05.2015
ÖSTERREICH	Graz-Jakomini	13.06.2015
ÖSTERREICH	Graz-Jakomini	20.06.2015
ÖSTERREICH	Graz-Jakomini	03.07.2015
ÖSTERREICH	Graz-Jakomini	10.09.2015
UGANDA	Leoben	19.09.2015
ÖSTERREICH	Graz-Jakomini	30.09.2015
UNGARN	Graz-Jakomini	10.12.2015
ÖSTERREICH	Graz-Jakomini	13.04.2016
RUMÄNIEN	Graz-Jakomini	27.05.2016
UNGARN	Graz-Jakomini	04.06.2016
ALBANIEN	Graz-Jakomini	10.07.2016
RUMÄNIEN	Graz-Jakomini	24.07.2016
MONTENEGRO	Graz-Jakomini	12.08.2016
UNGARN	Graz-Jakomini	13.08.2016
UNGARN	Graz-Jakomini	19.08.2016
ÖSTERREICH	Graz-Jakomini	02.09.2016
UNGARN	Leoben	26.09.2016
ÖSTERREICH	Leoben	09.10.2016
ALGERIEN	Graz-Jakomini	17.10.2016
ÖSTERREICH	Graz-Karlau	17.11.2016
RUSSLAND	Graz-Jakomini	07.12.2016
UNGARN	Graz-Jakomini	07.01.2017

Zu 6:

In 29 (von 34) Fällen konnte der Strafgefangene wieder in Haft genommen werden.

Zu 7 und 8:

In zwei Fällen wurden von den betroffenen Strafgefangenen während des Zeitraums, in dem sie sich dem Strafvollzug entzogen haben, die zu Frage 2 angeführten Straftaten begangen.

Zu 9:

In den Jahren 2014, 2015, 2016 und 2017 haben sich (bis zum Einlangen dieser Anfrage) in zwei Fällen Strafgefangene während einer Unterbrechung der Freiheitsstrafe gemäß § 99 StVG dem weiteren Strafvollzug entzogen.

Zu 10:

Staatsangehörigkeit	Flucht aus JA	Jahr
SLOWENIEN	Graz-Jakomini	2014
ÖSTERREICH	Graz-Jakomini	2015

Zu 11:

In einem der beiden Fälle wurde der Strafgefangene infolge eines Selbstantrittes wieder in Haft genommen.

Zu 12 und 13:

Nein.

Zu 14:

In den Jahren 2014, 2015, 2016 und 2017 haben sich (bis zum Einlangen dieser Anfrage) in zehn Fällen Strafgefangene während einer Unterbrechung der Freiheitsstrafe gemäß § 99a StVG dem weiteren Strafvollzug entzogen.

Zu 15:

Staatsangehörigkeit	Flucht aus JA	Tag
ÖSTERREICH	Graz-Jakomini	29.03.2014
ÖSTERREICH	Graz-Jakomini	19.05.2014
ÖSTERREICH	Leoben	02.08.2014
ÖSTERREICH	Graz-Karlau	01.08.2015
KOSOVO	Graz-Jakomini	28.10.2015
NIGERIA	Graz-Karlau	29.10.2015
UNGARN	Graz-Jakomini	16.04.2016
ÖSTERREICH	Leoben	16.04.2016
ÖSTERREICH	Graz-Jakomini	10.01.2017
ÖSTERREICH	Leoben	13.05.2017

Zu 16 bis 18:

Mit Ausnahme eines Strafgefangenen konnten im Übrigen alle anderen neun Strafgefangene wieder in Haft genommen werden. Es wurden keine (weiteren) Straftaten begangen.

Zu 19 bis 23:

In den Jahren 2014 bis 2017 haben sich (bis zum Einlangen dieser Anfrage) im Rahmen von Ausführungen und Überstellungen gemäß § 98 StVG keine Strafgefangenen dem weiteren Strafvollzug entzogen.

Zu 24:

Die dafür maßgeblichen Kriterien wurden im § 99 StVG vom Gesetzgeber normiert. Die in Abs. 1 leg cit genannte besondere Gefährlichkeit bezieht sich auf die Wahrscheinlichkeit der Begehung nicht bloß leichter Straftaten der in dieser Bestimmung genannten Rechtsgüter.

Zu 25:

Es wird auf die Beantwortung der Frage 2 verwiesen.

Zu 26:

Jene Insassen, die als Risikotäter eingeschätzt werden, fallen ausnahmslos nicht unter die Kategorie „nicht besonders gefährliche Strafgefangene“. Zur Gruppe der „Risikotäter“ gehören solche Personen, bei denen man aufgrund der Tatsache, dass sie bereits ein Delikt mit schweren Folgen gesetzt haben, davon ausgehen muss, dass sie derartige Delikte mit einer erhöhten Wahrscheinlichkeit wieder setzen können. Hierbei handelt es sich in der Regel um Täter welche schwere Gewalt- und Sexualdelikte begangen haben. Personen, die in den Maßnahmenvollzug eingewiesen wurden, werden ebenso der Gruppe der „Risikotäter“ zugerechnet. Darunter fallen aber auch jene Insassen, die zwar im oben genannten Sinn bislang nicht in Erscheinung getreten sind, allerdings im Zuge des Vollzugs den begründeten Verdacht erwecken, mit einer höheren Wahrscheinlichkeit künftig eine Straftat mit schweren Folgen zu begehen.

Zu 27:

Im Abfragezeitraum ereigneten sich 86 „Fluchten“. Der internationalen Gepflogenheit hinsichtlich Differenzierung von Fluchtarten folgend, werden „Fluchten“ aus statistischer Sicht unterteilt in:

1. Ausbrüche: Fluchten aus dem geschlossenen Bereich einer Justizanstalt
2. Entweichungen: Fluchten aus dem nicht geschlossenen Bereich einer Justizanstalt (zB Verwaltungsbereich, Außenbereich), einer Außenstelle, von einem bewachten oder begleiteten Aufenthalt außerhalb einer Justizanstalt
3. Nichtrückkehr: Fluchten von einem unbewachten oder nicht begleiteten Aufenthalt außerhalb der Justizanstalt (Drexler, StVG3 § 106 Rz 1).

Im Abfragezeitraum waren davon sechs Entweichungen und in 80 Fällen die Nichtrückkehr von einem unbewachten oder nicht begleiteten Aufenthalt außerhalb der Justizanstalt zu verzeichnen. Damit liegt Österreich im internationalen Vergleich, der für eine Beurteilung der Gesamtproblematik unverzichtbar ist, gut.

Zu 28 und 29:

Diesbezüglich verweise ich auf die Beilage 1.

Zu 30:

Von den 86 geflohenen Insassen konnten 75 Personen wieder in Haft genommen werden.

Zu 31 und 32:

In fünf Fällen wurden von den betroffenen Strafgefangenen während des Zeitraums, in dem sie sich dem Strafvollzug entzogen haben, weitere Straftaten begangen:

1. Vorfall	§§ 127, 129 Z 1 StGB
2. Vorfall	§§ 229 Abs. 1, 241e Abs. 3 StGB, § 12. 3. Fall StGB, §§142 Abs. 1, 143 2. Fall StGB
3. Vorfall	§§ 127, 130 1. Fall StGB, § 15, § 298 Abs. 1 StGB, § 130. 1. Strafsatz StGB
4. Vorfall	§§ 107 Abs. 1, 109 Abs. 3 Z 1 StGB
5. Vorfall	§§ 127, 129 Abs. 1 Z 1, 130 Abs. 1 und Abs. 2, 2. Fall StGB

Zu 33:

Vor der Gewährung von Vollzugslockerungen oder unbewachten Aufenthalten außerhalb der Justizanstalt (§§ 99a, 126 Abs. 2 Z1 bis 4, 147, 166 ff StVG) wird über jede inhaftierte Person ein Risikoprofil im Rahmen des Risikomanagements unter Berücksichtigung sämtlicher zugänglicher Informationen erstellt.

Zudem werden bundesweit und somit auch in den steirischen Justizanstalten, laufend Maßnahmen im Bereich der technischen, der baulichen und der organisatorischen Sicherheit veranlasst. In den angeführten Sicherheitsbereichen gibt es eine fachliche Vernetzung mit europäischen Justizverwaltungen. Zentrale Inhalte sind Lösungsansätze/Herangehensweisen für auftretende Problemstellungen, neue bauliche Lösungen, technische Neuerungen und vor allem auch Erfahrungswerte aus der Vollzugspraxis.

Daneben finden regelmäßig Evaluierungsgespräche mit der Generaldirektion für den Straf- und Maßnahmenvollzug statt, bei denen aktuelle Fälle, Vorkommnisse, Risikomanagement, Neuerungen im Sicherheitsbereich und etwaiger Optimierungsbedarf besprochen bzw. erhoben werden. Ziel- und Leistungsvereinbarungen werden jährlich mit jeder Justizanstalt anhand von Kennzahlen erörtert, um gezielt Maßnahmen setzen zu können.

Bei der technischen Sicherheit wird, neben dem oben angeführten Erfahrungsaustausch, der sich laufend ändernde Markt sondiert. Aus diesem Grund fanden bereits mehrere Produktpräsentationen durch Anbieter verschiedener Alarmierungs-, Schutz-, Überwachungs- und Einsatzmittel im Bundesministerium für Justiz statt.

Durch jährlich behördenübergreifende Alarm-, Krisen- und Katastrophenübungen wird die organisatorische Sicherheit in den Justizanstalten optimiert.

Zu 34 bis 36:

Ja, in einem Fall wurde ein Justizwachebeamter verletzt. Ein jugendlicher Untersuchungshäftling versuchte nach seiner Auslieferung zu einem Gerichtstermin (§ 98 StVG) die Wartezeit bis zum Eintreffen des Anstalts-Kfz für den Rücktransport zur Flucht zu nutzen, indem er den Beamten durch verbale Ablenkung täuschte. Er konnte im Rahmen der unmittelbaren Nacheile durch den Eskortebeamten bereits nach kurzer Zeit gestellt und wieder gesichert werden.

Im Zuge der Amtshandlung bzw. bei der notwendigen Fixierung zum Anlegen der Fesselung leistete der Insasse erheblichen Widerstand. Dabei erlitt der Beamte eine Verletzung des rechten Knies.

Wien, 01. August 2017

Dr. Wolfgang Brandstetter

